

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger
für das Erzgebirge die Postämter
ab. — Erscheint wöchentlich.
Preis pro Stück 25 Pf.

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger
für das Erzgebirge die Postämter
ab. — Erscheint wöchentlich.
Preis pro Stück 25 Pf.

Telegraphisches Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 295

Freitag, den 19. Dezember 1924

19. Jahrgang

Der Rechtsblock gescheitert.

Das Zentrum einmütig gegen die Rechtskoalition. — Für Fortführung der Politik der Mitte. — Stresemann gibt den Auftrag zur Kabinettsbildung zurück.

Berlin, 17. Dezember. Die Beratungen der Reichstagsfraktion des Zentrums, die bis in die letzte Nachmittags-
stunde dauerten, endeten mit folgendem Beschluss:

„Die Zentrumsfraktion des Reichstages hält grundsätzlich an ihrem Streben zur Bildung einer Koalition der Volksgemeinschaft fest. Sie lehnt vorwiegend aus außenpolitischen Gründen die Beteiligung an einer Rechtskoalition ab. Sie wird sich nur an einer Regierung beteiligen, die die Gewähr für die unveränderte Fortführung der Politik der Mitte bietet.“

Es ist hervorzuheben, daß dieser Beschluß des Zentrums nahezu mit Einstimmigkeit erfolgt ist, daß also auch der sogenannte rechte Flügel des Zentrums eine Beteiligung an einer Rechtskoalition nicht für möglich gehalten hat, angesichts der Stimmung, die sich bei den Massen des Zentrums gezeigt hat. Der Zentrumsbeschluß ist, soweit die Frage einer Rechtskoalition in Betracht kommt, sogar noch weitergehend, als man angenommen hat. Die Teilnahme an einer Rechtsregierung wird gänzlich abgelehnt, auch eine wohlwollende neutrale Haltung des Zentrums und die Befassung von ein oder zwei Sachministern in einem Rechtskabinetts sind nicht in Erwägung gezogen. Was das Zentrum positiv will, geht aus dem Beschluß mit aller Deutlichkeit hervor. Es erstrebt die Wiederkehr der Mitte, da die Volksgemeinschaft bei der bekannten Haltung der Deutschnationalen unmöglich ist, aber auch der Gedanke der großen Koalition an dem Widerspruch der Deutschen Volkspartei scheitern würde.

Stresemann gibt den Auftrag zurück.

Berlin, 17. Dezember. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat heute nachmittags nach Bekanntgabe des Beschlusses der Zentrumsfraktion beschlossen, sich an der Regierungsbildung „höchstens nicht zu beteiligen“. Auf Grund dieses Beschlusses hat der Reichsaußenminister Stresemann den Reichspräsidenten gebeten, von der Betrauung seiner Person mit der Regierungsbildung abzusehen.

Berlin, 18. Dez. Die „Germania“ unterstreicht, daß der gestrige Beschluß der Zentrumsfraktion, der eine Beteiligung der Partei an einer Rechtskoalition ablehnt, einstimmig gefaßt worden ist. Von einem linken und einem rechten Flügel innerhalb der Zentrumspartei wa-

re darnach keine Rede sein. Das Blatt betont dann weiter, der Beschluß sei so zu verstehen, daß weder eine direkte noch eine indirekte Beteiligung des Zentrums an einer Rechtskoalition in Frage komme. Nach Darlegung der Gründe, die zu dem Beschluß geführt haben, sagt das Zentrumsbüro, der Beschluß der Zentrumsfraktion sei eindeutig. Die jetzt einzuschlagende Richtung laute: Zurück zur Mitte. — Die „Zeit“ nimmt an, daß sich der Reichspräsident nun an das Zentrum mit dem Auftrage der Regierungsbildung wenden werde. Das Blatt glaubt im Gegensatz zur „Germania“ nicht an eine Fortsetzung des Kabinetts der Mitte, da eine solche Regierung bei ihrer numerischen Schwäche keinen Bestand haben könne. Das Blatt hält es deshalb für gegeben, daß das Zentrum versucht, einen Linksblock zu bilden. Besondere Bedeutung komme in diesem Zusammenhang einer Entschliebung der Reichs- und der Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei zu, die dahin laute, die Partei werde eine Regierung, in der die Sozialdemokratie vertreten sei, grundsätzlich nicht unterstützen. Der „Vorwärts“ will wissen, daß Dr. Stresemann gleichgültig bei seiner Ablehnung der Kabinettsbildung dem Reichspräsidenten vorgeschlagen habe, den bisherigen Reichskanzler Marx mit der Kabinettsbildung zu betrauen. Der Reichspräsident habe sich seine weitere Entschliebung vorbehalten, habe aber Dr. Marx für heute vormittag zu sich berufen.

Berlin, 18. Dez. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die heute nachmittags zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammentreten wird, dürfte sich auch mit der Wahl des Reichstagspräsidenten beschäftigen. Sowohl beim Zentrum, wie auch bei den Demokraten wird die Auffassung vertreten, daß der Reichstagspräsident aus der linken Partei, also aus der sozialdemokratischen, gewählt werden soll.

Deutschnationale Taktik.

Ebert-Prozess und neue Auflösung.

In der „Germania“ ist zu lesen: Der Magdeburger Prozess kam nicht von ungefähr. Was in keinem andern Lande möglich gewesen wäre, wurde in Deutschland zum Ereignis. In einem Verleumdungsprozess führen Zeugen auf, werden Zeugen aufgebaut, die aus ihrem Gedankenskreis über die Herbstvorgänge des Jahres 1918 auslagern — und ein Einzelrichter macht Weltgeschichte. Nicht die Weltgeschichte ist das Weltgericht — das Magdeburger Gericht ist die Weltgeschichte. Ob Freispruch oder Verurteilung, ist in dem Falle gleichgültig. Der Reichspräsident wird doch verbrannt. In dem neuen Reichstag haben die Deutschnationalen für Agitationsstoff gesorgt; der Ebert-Prozess muß und wird ihn liefern. Zu welchem Zwecke? Eben zur parteipolitischen Agitation — gewiß. Aber viel wichtiger ist es für die deutschnationale Methode, daß man mit dieser Annahme Hinwegläuft über den Schwerpunkt der deutschen Politik, über das Londoner Abkommen. Das ist Nebensache; man will ja auch gar nicht gerne an die Zeit der Abstimmung erinnern sein. Deshalb zuerst der Feldzug gegen den Reichspräsidenten. Damit sind die Kalkulationen der Deutschnationalen noch nicht erschöpft. Bei dieser Taktik kann das neue Kabinetts auf der Strecke bleiben. Dann wäre der Zeitpunkt für die Krise, für die neue Reichstagsauflösung gekommen. Zur Vereinfachung könnte der neue Reichspräsident und der vierte Reichstag gleichzeitig gewählt werden. Die „nationale“ Parole wäre da: gegen den „Landesverrat“, gegen die „Dolchstoßbrüder“, gegen die „Novemberverbrecher“.

Ein unzulässiger Teil der Rechte.

Berlin, 17. Dez. In der deutschnationalen und der deutschnationalen Presse werden Andeutungen gemacht, daß die deutschnationale und die deutschnationale Fraktion im Landtag eine formale Verschmelzung beabsichtigen, um dadurch den Anspruch auf den Landtagspräsidenten zu erwerben. Wie verlautet, haben sich die prominenten Führer aller anderen Fraktionen, soweit sie in Berlin anwesend sind, dahin ausgesprochen, daß sie einen derartigen Schritt für durchaus unzulässig halten. Die

Deutschnationalen haben den Wahlkampf selbständig geführt, befanden sich dabei im scharfen Gegensatz zu den Deutschnationalen und denken gar nicht daran, sich parteiorganisatorisch mit den Deutschnationalen zu vereinen. Es wäre ein absoluter Widerspruch, wenn die Deutschnationalen und die Deutschnationalen im Preußenhaus eine Einheit bilden, während sie im Lande draußen und im Reichstag getrennt auftreten und sich getrennt schlagen.

Schleie gegen Westarp gewählt.

Die deutschnationale Fraktion wählte zum Vorsitzenden ihrer Fraktion den Abg. Schleie, der bekanntlich von den Deutschnationalen für ein Reichskabinetts als Wirtschaftsminister in Aussicht genommen ist. Ein großer Teil der Fraktion war für Graf Westarp; die Mehrheit aber entschied sich für Schleie.

Nach den Wahlen in Braunschweig.

Braunschweig, 17. Dez. Der Jubel der Reichspresse über die Landtagswahlen in Braunschweig ist schnell verstummt. Von einem wahren Rechtsfieg kann nämlich nicht gesprochen werden. Die jubelnden Ueberschreien sind verschwunden, und heute liest man schon in viel bescheidener Aufmachung: „Der komplizierte Landtag“. Das amtliche Wahlergebnis hat noch eine kleine Verschiebung mit sich gebracht, die Rechte hat noch einen Sitz an die Linke abgeben müssen. Nun haben von den 48 Mandaten die Deutschnationalen 10 und die Volkspartei 9 Sitze. Weil sich damit natürlich nicht regieren läßt, suchen diese beiden Parteien Bundesgenossen. Der eine Welfe dürfte ihnen sicher sein, die Schwiegriger aber wird sich das Heranziehen der vier Vertreter der Wirtschaftspartei gestalten. Diese neue Partei ist nämlich mit der Parole in den Wahlkampf gegangen: „Wir wollen im Landtag auf den Tisch schlagen!“ Das läßt sich ganz gut ausführen, wenn man in der Opposition sitzt, schlecht dagegen, wenn man Regierungspartei ist. Aber, selbst wenn diese Viererfraktion sich der Rechte anschließt, ist damit doch noch keine Regierungsbasis geschaffen, denn auch dann ist noch keine Mehrheit vorhanden.

Der Strafantrag im Haarmann-Prozess.

Hannover, 17. Dezember. Im Haarmannprozess beantragte der Oberstaatsanwalt unter Freisprechung im Falle Dennis, in 28 Fällen die Verurteilung Haarmanns zum Tode. Außerdem beantragte er die dauernde Überweisung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Haarmann als Agitationsmittel.

Da die preussischen Teile der Deutschnationalen wagschwimmen scheinen, muß nunmehr sogar der Massenmörder Haarmann dazu herhalten, um das „dringende Bedürfnis“ nach deutschnationaler Reaktion in Preußen zu begründen. In einem Artikel „Das verirrte Todesurteil“ schreibt die „Deutsche Zeitung“:

„... Und Haarmann? Ein lieber, guter Kerl ist er nicht — auch die Leute, die sein Blut sehen mögen, wagen nicht, das Gegenteil zu behaupten. Aber sämtliche Korruptoren der „Humanität“ sind an der Arbeit, ihn mit dem Panzer der Berrücktheit zu wappnen und die Geschworenen windelnweil zu stimmen. Und wenn ihre Bemühungen keinen Eindruck auf die Richter machen, im Hintergrunde steht wieder das preussische Staatsministerium. Darum die Frage: Was wird aus Haarmann?“

Man muß wirklich sehr deutschnational abgelehnt sein, um bei einer derartig „faulen“ Kampfmethode nicht von festigem Uebelsein befallen zu werden.

Herriots Genesung.

Paris, 17. Dez. Die Besserung im Befinden Herriots hält an. Die Ärzte haben heute vormittag die Hoffnung geäußert, daß der Ministerpräsident im Laufe der nächsten Woche das Bett verlassen kann.

Die Übernahme der provisorischen Kabinettsleitung durch Painlevé, von der dieser Tage die Rede war, scheint nicht mehr in Frage zu kommen.

Eine Anklage Millereands gegen Herriot.

Paris, 17. Dez. Auf dem gestrigen Vortrage des Nationalrepublikanischen Liga hielt der frühere Präsident der Republik Millereand eine große Anklagerede gegen die Regierung Herriot und den Linksblock. Er unterzog sowohl die Innen- als auch die Außenpolitik der französischen Regierung einer außerordentlich scharfen Kritik. Das Genfer Protokoll, erklärte er, schade vollkommen in der Luft, man wisse nicht einmal, wann seine Prüfung wieder aufgenommen werden wird. Deutschland habe in London den Damesplan zwar angenommen und auch mit seiner Durchführung begonnen. Aber wenn es diesen Plan weiter durchführe, werde er tatsächlich Forderungen ergeben. Frankreich habe keinerlei Druckmittel gegen Deutschland mehr in der Hand. Das Ruhrgebiet sei aufgegeben und die französisch-belgische Regie verschwunden. Diese Attade gegen die Politik einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland gipfelte in der Frage, ob Frankreich nun daran gehen dürfe, seine militärischen Kräfte zu vermindern, wie es die Sozialisten fordern. Millereand schloß seine Rede so, wie er sie begonnen, mit heftigen Angriffen gegen die Regierung Herriot, daß sie die Sowjetregierung, die eine Regierung der Schande und des Verbrechens sei, anerkannt habe.

Paris, 17. Dez. Die Reparationskommission hielt heute mittag eine offizielle Sitzung ab, in deren Verlauf der Generalagent für Reparationszahlungen über alle schwebenden Fragen Bericht erstattete. Zwischen der Kommission und dem Agenten wurde vollständiges Einvernehmen erzielt.

Verfassungsreform in Spanien.

Madrid, 17. Dez. Admiral Magaa, der Stellvertreter des Diktators, erklärt die Meldungen von einem Rücktritt des militärischen Direktoriums für nicht zutreffend. Ebenso wird offiziell demontiert, daß am 1. Januar eine Zivilregierung unter dem Vorsteher Primo de Rivera ihr Amt antreten werde.

Antonio Maura, der angefehene Führer der Konservativen Partei, arbeitete einen neuen Verfassungsentwurf aus, durch den die spanische Monarchie den Grundlagen der Vereinigten Staaten von Nordamerika und der Schweiz angelehnt wird und die parlamentarische Vorläuferen Pronunziamenten bieten soll.

Nachfolge neuer Kämpfer in Marokko beschloß Primo de Rivera die für den 26. Dezember angeführte Reise. Auf die sich mehrenden Anzeichen einer internationalen Auswirkung des spanischen Rückzuges, die bereits Gerüchte über eine neue Aufstellung der fernwestlichen Gebiete hervorgerufen haben, wird an zureichender Stelle erklärt, daß Spanien nicht die Absicht habe, Nordafrika aufzugeben. Diese Maßnahmen zur